Kunst- und Kulturwissenschaften rufen zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Angriffe auf

Die Versuche, Wissenschaft, Kunst und kulturelles Leben in Deutschland politisch zu beeinflussen und zu delegitimieren, haben ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Angesichts der offenen und verdeckten Angriffe auf die Arbeit von Institutionen, Förderstrukturen, Selbstverwaltung, Jurys und NGOs schließen Berufsverbände, Vereine und Arbeitsgemeinschaften ein Bündnis zur Verteidigung der Wissenschafts-, Kunst- und Meinungsfreiheit.

Eine unabhängige Wissenschaft und freie kulturelle Institutionen stützen demokratische Strukturen. Insbesondere rechtsextreme Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen wollen aktuell auf wissenschaftliche Projekte und Personalentscheidungen in ihrem Sinne Einfluss nehmen. Sie zielen darauf, Forschung und Vermittlung umzudeuten, wissenschaftliche Expertise zu diskreditieren, die Unabhängigkeit von Hochschulen, Museen und Gedenkstätten grundsätzlich in Frage zu stellen, Förderstrukturen zu zerstören sowie die Beschäftigten und Nutzer:innen von Kultur- und Forschungseinrichtungen einzuschüchtern und zu bedrohen.

Dieser Entwicklung treten wir offensiv entgegen!

Das gemeinsame Positionspapier der folgenden Verbände, Vereine und Arbeitsgemeinschaften schildert die Situation, benennt explizit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als Bedrohung und umreißt, was wir in unseren Arbeitsfeldern tun können und tun wollen.

- AICA – Internationaler Verband der Kunstkritikerinnen und Kunstkritiker – Sektion Deutschland e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine e.V.
- Arbeitskreis Digitale Kunstgeschichte
- Arbeitskreis Kunstgeschichte inklusiv
- Arbeitskreis Provenienzforschung e.V.
- Deutscher Museumsbund e.V.
- Deutscher Verband für Kunstgeschichte e.V.
- Deutscher Verein für Kunstwissenschaft e.V. (DVfK)
- Kunsthistorischer Studierendenkongress (KSK)
- Ulmer Verein – Verband für Kultur- und Kunstwissenschaften e.V.
- Verband der Gedenkstätten in Deutschland e.V. (VGD)

Kunst- und Kulturwissenschaften und ihre gesellschaftliche Verantwortung

Angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und vermehrter politischer Einflussnahme auf Wissenschaft, Forschung und Kultur, sehen wir die Grundlagen wissenschaftlicher Unabhängigkeit und institutioneller Resilienz als akut gefährdet an.

Die Kunst- und Kulturwissenschaften sind – national wie international – vernetzte und weit in die Gesellschaft hinein wirkende geisteswissenschaftliche Disziplinen. Sie erforschen, bewahren und vermitteln das materielle und immaterielle kulturelle Erbe und tragen wesentlich zum Verständnis historischer wie gegenwärtiger Bildkulturen bei. Sie erschließen Kunstwerke, kulturelle Zeugnisse und Bilder sowie deren vielschichtige gesellschaftliche Bedeutung nach historisch fundierten wissenschaftlichen Standards.

Durch ihr weitreichendes wissenschaftliches Methodenspektrum leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur differenzierten historischen Urteilsbildung, zur Reflexion sozialer Entwicklungen und nicht zuletzt zur demokratischen Erinnerungskultur. Ihnen kommt daher eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Das betrifft insbesondere die Aufarbeitung antisemitischer, rassistischer, imperialer, kolonialistischer, patriarchaler, queerfeindlicher und misogyner sowie ableistischer und diskriminierender Tendenzen in Geschichte und Gegenwart. Gerade diese Aufarbeitung ist seit Langem das erklärte Feindbild des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus.

Rechtsextremismus als besondere Bedrohung für die Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung

Rechtspopulismus und rechtsextreme Ideologien wenden sich gegen eine pluralistische Gesellschaft und versuchen, historische Forschung, Erinnerungskultur und kulturelle Vielfalt umzudeuten bzw. einzuschränken.

Kunstgeschichte und Kulturwissenschaften sind aufgrund ihrer Verantwortung für das kulturelle Erbe von den Angriffen auf ihre Institutionen besonders betroffen. Gerade wissenschaftliche Ansätze, die im Widerspruch zu geschichtsrevisionistischen Deutungen stehen, geraten immer wieder in den Fokus. Zunehmend erleben Forscher:innen die Diskreditierung ihrer wissenschaftlichen Expertise. Durch Forderungen, wie nach einem „Ende des Schuldkults“[1] oder einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“,[2] wird die Erinnerung an die Shoah, aber auch an Kolonialverbrechen sowie die deutschen Kriegsverbrechen des Ersten und Zweiten Weltkrieges systematisch relativiert und negiert. Wir sehen, dass die Unverfügbarkeit von Kulturinstitutionen und Hochschulen eingeschränkt und kulturpolitische Entscheidungen an ethnisch-nationalistischen Vorstellungen ausgerichtet werden sollen.[3]

Stärkung der Resilienz wissenschaftlicher und kultureller Institutionen

Die Wissenschaftsfreiheit setzt Räume des offenen, kritischen und respektvollen Diskurses voraus. Sie erfordert einen Staat und eine Gesellschaft, die die Räume einer demokratischen Debattenkultur aktiv schützen und sich zu ihr bekennen. Resilienz bedeutet die Sicherung der institutionellen Unabhängigkeit von Universitäten, Denkmalpflege, Forschungsinstituten und -bibliotheken sowie Archiven, Museen, Stiftungen und Gedenkstätten. Wir fordern daher eine Stärkung der Resilienz wissenschaftlicher und kultureller Institutionen.

Resilienz erfordert, zentrale Aufgaben von Ausbildung, Wissenschaft und Forschung mit nachhaltigen Personalstrukturen auszustatten, statt sie – wie derzeit – überwiegend befristeten Projekten zu überlassen. Regelmäßig neu zu bewilligende Fördergelder, etwa für Provenienzforschung, sind mögliche Angriffspunkte für rechtspopulistische und rechtsextreme Einflussnahme und stehen bereits im Fokus rechter Akteur:innen. Ebenso werden unerwünschte Themen in der freiberuflichen Kunst- und Kulturvermittlung durch Mittelentzug unterdrückt.
Besonders dringlich ist aktuell der Schutz vor Einschüchterung und Bedrohung in den genannten Institutionen und Kulturbereichen. Resilienz schließt auch die Gewährleistung transparenter Berufungs- und Förderverfahren und die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit von Gremien und Jurys ein.[4]

Resilienz braucht Solidarität – untereinander und vonseiten der Politik. Wir stellen uns auch vor die besonders vehement attackierten Bereiche Provenienzforschung, Gender- und Postcolonial Studies.

Die am Bündnis beteiligten Institutionen, Organisationen und Verbände befürworten Maßnahmen, die der Unterstützung aller Betroffenen und der Erfassung und Analyse von Angriffen und Einschüchterungsversuchen im Rahmen eines Monitorings dienen. Es ist unser Anliegen, die aktive Auseinandersetzung mit den akuten Gefahren des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus zu fördern und die Forschung zum Verhältnis von Kunst und Rechtsextremismus zu vertiefen. Hierzu tauschen wir uns regelmäßig aus.

Andere Initiativen und Positionspapiere, wie die Deklaration der Wissenschaftsminister:innen der Länder („Wissenschaftsfreiheit und Resilienz – Grundlagen eines starken Wissenschaftssystems“),[5] der Deutschen Forschungsgemeinschaft („Positionspapier zur Stärkung der Freiheit und Resilienz der Wissenschaften: Orientierungen und Empfehlungen”),[6] der AG Resilienz des Deutschen Historikerverbands, des Kunsthistorischen Studierendenkongresses („Positionspapier gegen Rechts”)[7] sowie der Initiative Provenienzforschung stärken! („Offener Brief”)[8] unterstützt unser Bündnis ausdrücklich.

Ein entschlossenes Handeln dient nicht allein dem Schutz etablierter Wissenschaftler:innen und wissenschaftlicher Institutionen, sondern schafft zugleich die Voraussetzungen dafür, dass sich künftige Generationen frei entfalten, wissenschaftliche Unabhängigkeit bewahren und die Wissenschaft in ihrer Vielfalt weiterentwickeln können. In diesem Sinne trägt die Wissenschaftsfreiheit dazu bei, die Diversität der Wissenschaft langfristig zu sichern und bildet damit einen wesentlichen Baustein ihrer Zukunftsfähigkeit.

---

[1] Siehe hierzu u.a.: Volker Weiß, *„Schuldkult" und „Schuldkolonie". Tradition und Ziele des aktuellen Geschichtsrevisionismus*, in: Reflexionen. Annual Magazine of the Buchenwald and Mittelbau-Dora Memorials Foundation, 2021; online: https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/en/reflexionen/reflexionen-2021/schuldkult--und-schuldkolonie [21. Juli 2026]

[2] So Björn Höcke in einer Rede am 17. Januar 2017 in Dresden. Siehe hierzu u.a.: Sabine Kritter et. al., *Nur Schnee von gestern? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts*, hrsg. vom Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Berlin 2019; online: https://bundesverband-mobile-beratung.de/publikationen/nur-schnee-von-gestern-zum-umgang-mit-dem-kulturkampf-von-rechts/ [21. Juli 2026]

[3] Vgl. „Regierungsprogramm" der AfD Sachsen-Anhalt; online: https://table.media/assets/berlin/26-01-23_entwurf_afd-regierungsprogramm-2026-sachsen-anhalt.pdf [21. Juli 2026] und Warnschreiben von 27 Kulturinstitutionen aus Sachsen-Anhalt „vor nationalistisch ausgerichteter Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt"; online: https://kunstmuseum-magdeburg.de/stellungnahme/ [21. Juli 2026], dem sich inzwischen Dutzende weitere Einrichtungen angeschlossen haben; https://www.kulturstiftung-st.de/fileadmin/user_upload/05_Presse/Pressemitteilungen/PM_2026/2026_04_28_gemeinsame_stellungnahme_weiterer_kulturinstitutionen.pdf [21. Juli 2026]

[4] Das betrifft u.a. die Anwendung des verfassungsrechtlich umstrittenen Haber-Verfahrens auf Kulturinstitutionen; hierzu u.a. Felix Thrun, *Die Haber'schen Chiffren. Warum die Auskunft des Bundesamts für Verfassungsschutz im Haber-Verfahren rechtswidrig ist*, in: Verfassungsblog, 18. Mai 2026, online: https://verfassungsblog.de/haber-verfahren-vgberlin-buchhandlungspreis/ [21. Juli 2026]

[5] 9. Juli 2026; online: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2026/2026_07_09-Resilienz-Deklaration.pdf [21. Juli 2026]

[6] 14. Juli 2026; online: https://doi.org/10.5281/zenodo.20830204 [21. Juli 2026]

[7] 15. November 2025; online: https://www.derksk.org/positionspapier-gegen-rechts [21. Juli 2026]

[8] 6. Januar 2025; online: https://initiative-provenienzforschung-staerken.eu/wp-content/uploads/2026/01/Offener-Brief-Schutz-und-Staerkung-der-Provenienzforschung.pdf [21. Juli 2026]